

FRIST IST FRUST



ENTFRISTUNGSPAKT
2019



frististfrust.net

Nun ist er da, der neue Hochschulpakt „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“, und er ist zeitlich nicht mehr befristet, sondern läuft auf unbestimmte Zeit. Völlig unverständlich ist es daher, warum Bund und Länder nicht festgelegt haben, dass mit den unbefristeten Mitteln des Zukunftsvertrages auch unbefristete Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden müssen. Es ist also nun an den Ländern, diese Verantwortung wahrzunehmen!



Die Bundesländer müssen bis zum 15.01.2020 dem Bundesministerium für Bildung und Forschung ihre Vorstellungen davon vorlegen, wie sie den Zukunftsvertrag umsetzen wollen. Im Frühsommer soll der Verhandlungsprozess zwischen dem Bund und den einzelnen Ländern über die Ausgestaltung der Vergabekriterien abgeschlossen sein. Explizit stellt der „Ausbau dauerhafter Beschäftigungsverhältnisse“ hierbei einen zentralen Schwerpunkt dar. Aber der vorausgegangene Widerstand vieler Länder gegen verbindliche Entfristungsvereinbarungen lässt ahnen: Von selbst werden sie die dringend notwendigen, konkreten und ehrgeizigen Maßnahmen für mehr Dauerstellen nicht vorlegen. Zusätzlich werden wohl die Hochschulleitungen die Länder beim Ausbau der Dauerstellen zu bremsen versuchen: Mit der „Bayreuther Erklärung“ zeigten die Universitätskanzlerinnen und -kanzler jüngst, dass sie das Befristungswesen verteidigen wollen.

Wir fordern daher die Länder auf, sich bei der Umsetzung des Zukunftsvertrages zu folgenden Prinzipien zu verpflichten:

Alle Stellen, die anteilig oder insgesamt aus Mitteln des Zukunftsvertrags finanziert werden, sind als dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse einzurichten.

Kein Etikettenschwindel: Die so neu zu schaffenden Dauerstellen dürfen kein Ersatz für ohnehin neu zu besetzende Dauerstellen sein oder durch neue befristete Stellen an den Hochschulen kompensiert werden.

Bei den hinzukommenden Dauerstellen darf es sich, um Betreuungs- und Arbeitsqualität zu sichern, nicht um Hochdeputatsstellen handeln. Um die Lehrqualität zu sichern und die Einheit von Forschung und Lehre zu gewährleisten, sind LfbA-Stellen das falsche Mittel.

Solidarisiere Dich mit der Kampagne *Frist ist Frust* und tritt unserer Stud.IP Aktionsgruppe an der Uni Oldenburg bei. Wir informieren Dich dort über aktuelle Entwicklungen und Aktionen.



AKTIONSGRUPPE
UNI OLDENBURG



Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft



V.i.S.d.P. Markus Glätzel, zu laden über:
Carl von Ossietzky Universität,
Personalrat, 26111 Oldenburg